



ZPK



Auswertung Workshop Wachstumsfragen vom 18. März 2015



21. April 2015

Inhalt

Teilnehmende	3
A Zusammenarbeit	4
B Gewerbeflächen, Entwicklungsschwerpunkte, Gewerbe	5
C Steuerung Wachstum und soziodemographische Durchmischung	6
D Entwicklung ländlich-traditioneller Dörfer und Weiler („Randregionen“)	7
E Alterswohnen	8
F Gesundheit	9
G Schule	10
H Zunahme Gesamtverkehr	10
I Öffentlicher Verkehr	12
K Ver- und Entsorgung: Energie, Wasser, Abwasser, Abfall	13

Teilnehmende

Gemeinden

Aeugst am Albis	Bruno Fuchs	GR Planung, Land- + Forstwirt.
Aeugst am Albis	Rebekka Manso	GR Hochbau
Affoltern am Albis	Martin Galluser	GR Sozial
Affoltern am Albis	Markus Gasser	GR Tiefbau
Affoltern am Albis	Clemens Grötsch	Gemeindepräsident
Bonstetten	Andreas Gabler	Leiter Tiefbau
Bonstetten	Silvia Mally	Leiterin Hochbau
Bonstetten	Roger Mella	GR Hochbau
Hausen am Albis	Reto Brönnimann	GR Hochbau
Hedingen	Margot Fischer	Bereichsleiterin Hochbau
Hedingen	Claude Hafner	GR Hochbau und Umwelt
Hedingen	Bertram Thurnherr	Gemeindepräsident
Kappel am Albis	Kurt Bär	Gemeindepräsident
Kappel am Albis	Heidi Hui	GR Sicherheit, Liegenschaften
Knonau	Esther Breitenmoser	GR Hochbau
Knonau	Ernst Schnyder	
Maschwanden	Evelyne Abegglen	Gemeindeschreiberin
Maschwanden	Christian Bachmann	Gemeinderat
Maschwanden	Andreas Binder	Gemeindepräsident
Mettmenstetten	Alex Birchler	GR Hochbau
Mettmenstetten	Peter Kessler	Vorstand Tiefbau und Werke
Obfelden	Thomas Ammann	Gemeindepräsident
Obfelden	Hansruedi Feuz	Hochbausekretär
Obfelden	Ernst Portmann	GR Bau
Ottenbach	Rita Ackermann	Sozialvorsteherin
Ottenbach	Gabi Noser Fanger	Gemeindepräsidentin
Rifferswil	Markus Trachsel	GR Hochbau
Stallikon	Roberto Brunelli	Gemeindeschreiber
Stallikon	Remo Hablützel	GR Hochbau
Stallikon	Cyrrill Kaiser	Tiefbausekretär
Stallikon	Werner Michel	Gemeindepräsident
Stallikon	Robert Sidler	GR Tiefbau
Wettswil	Hanspeter Eichenberger	GP,, GR Tiefbau und Werke
Wettswil	Katrin Röthlisberger	GR Hochbau und Planung

Gesundheit

Spitex Knonaueramt	Leonhard Grimmer	Vorstandsmitglied
Spitex Knonaueramt	Christina Hausherr	Geschäftsleiterin Stv.

Schule

Primarschule Mettmenstetten	Margrit Aschmann	Präsidentin PSM
Primarschule Maschwanden	Marianne Künzi	Tagesschule Maschwanden
Primarschule Mettmenstetten	Fredy Kurmann	Ressort Liegenschaften
Primarschule Affoltern a.A.	Claudia Merki	Schulpflege, öffent. Arbeit
Primarschule Affoltern a.A.	Claudia Spörri	Schulpflege, Vizepräsidentin

Ver- und Entsorgung

DILECA	Franz Liebhart	Geschäftsführer
Wasserversorgungsg. Hedingen	Robert Pubikofer	
Gruppenwasserversorgung Amt	Peter Rudin	Technischer Berater
Gruppenwasserversorgung Amt	Renato Vincenti	Betriebsverantwortlicher

Verkehr

PostAuto Schweiz	Mark Stutz	Angebotsplanung
------------------	------------	-----------------

RZU

RZU	Eva-Maria Kopf	Verkehrsfragen
RZU	Witali Späth	Betreuung ZPK

Kanton

ARE, Kanton Zürich	Claude Benz	Gebietsbetreuer
--------------------	-------------	-----------------

ZPK

ZPK Vorstand	Kurt Weber	Präsident ZPK
ZPK Vorstand	Hans Finsler	Affoltern am Albis
ZPK Vorstand	Christian Gabathuler	Vize-Präsident, Maschwanden
ZPK Vorstand	Ursula Junker	GR Soziales, Land- und Forstw.
ZPK Vorstand	Michael Nanz	Bonstetten
ZPK Vorstand	Niklaus Schwendener	Wettswil
Sekretär ZPK	Peter Schärer	Sekretär ZPK
Regionalplanerin	Bernadette Breitenmoser	

A Zusammenarbeit

Ausgangslage	<p>Das Wachstum und die soziodemographische Entwicklung stellen die Gemeinden vor Herausforderungen, die mit einer Zusammenarbeit effizienter gelöst werden können, z.B.</p> <ul style="list-style-type: none"> – Bau und Betrieb gemeinsamer öffentlichen Einrichtungen und Angebote (Kultur, Sport, Ausbildung, Gesundheit, Jugendeinrichtungen, Alterswohnungen, Pflege ...), – gemeinsame Infrastrukturen für Ver- und Entsorgung – institutionelle Zusammenarbeit und Wissenstransfer in der Behördentätigkeit (Sozial- und Gesundheitswesen, Jugendarbeit, Bau und Planung, ...) 	
Ergebnisse Stichworte auf den Stellwänden	<p>Diskussionspunkte</p> <p>Nutzen</p> <ul style="list-style-type: none"> – Kostenvorteile – Professionalisierung – Versorgungssicherheit <p>Synergiepotenzial</p> <ul style="list-style-type: none"> – Informationsaustausch – Verwaltung – ARA, Werke, Unterhalt Wasserversorgung (Pikett) – Jugendarbeit – Alterspflege – Finanzierung Gesundheitswesen (Kanton <-> Gemeinde) <p>Ebene Zusammenarbeit</p> <ul style="list-style-type: none"> – Es braucht Solidarisierung und Entpolitisierung – Grundsätzlich: Kommunikation und Initiative durch Ressortverantwortliche – Nicht immer der ganze Bezirk, passende Zusammenarbeit (z.B. Nachbargemeinden) <p>Hemmnisse</p> <ul style="list-style-type: none"> – Einigkeitszwang hemmt Zusammenarbeit und Nutzung der Potenziale – Langfristiges Denken fehlt oft – Veraltete Statuen <p>Kosten-/Nutzenausgleich</p> <ul style="list-style-type: none"> – Themenbezogener Verteilschlüssel – Evaluation und „Update“ der Verteilschlüssel regeln – Anteil für Anteil anpassbar 	<p>Aufgaben, Ideen, Hinweise</p> <p>Überkommunal</p> <ul style="list-style-type: none"> – Zweckverbände Polizei und Feuerwehr – Jährliches Treffen der Verantwortlichen für Energiefragen – Steuerungs- und Leitsystem Wasserversorgung – Koordinationsstelle zur Vermittlung von integrativen Sozialdiensten
Zusammenfassung Ergebnisse (Witali Späth)	<p>Grundsätzliches</p> <ul style="list-style-type: none"> – <u>Solidarisierung & Entpolitisierung:</u> Damit Zusammenarbeit entsteht, sollte das Thema sachlicher behandelt werden. – Oftmals wird der <u>Nutzen von Zusammenarbeit</u> in der Einsparung von Kosten gesehen. Weitere Nutzen wie Professionalisierung und Versorgungssicherheit werden wenig beachtet. – Ein Grund dafür ist auch das <u>Fehlen einer langfristigen Perspektive</u>, denn die Vorzüge «zahlen» sich oftmals erst langfristig aus. Politisch Verantwortliche sind jedoch oft an kurzfristigen (nachweisbaren) Umsetzungen interessiert. – <u>Themenspezifisch:</u> Ob und welche überkommunale Koordination sinnvoll ist, hängt von dem Thema ab. Aus diesem Grund sind vor allem die Ressortverantwortlichen angesprochen, über allfällig nutzenbringende Kooperationen nachzudenken und Kontakt aufzunehmen. – <u>Raumspezifisch:</u> Daneben bildet eine Zusammenarbeit je nach Thema und Aufgabenstellung eine eigene räumliche Konstellation. Es muss nicht immer der ganze Bezirk beteiligt sein, manchmal kann schon die Zusammenarbeit zweier Nachbargemeinden sinnvoll sein. <p>Bereiche/Themen der Zusammenarbeit</p> <ul style="list-style-type: none"> – Vor allem im Bereich der <u>technischen Ver- und Entsorgungsinfrastruktur</u> müssen Gemeinden sich über jeweils sinnvolle Kooperationsmodelle verständigen und mögliche Synergien ausloten: <ul style="list-style-type: none"> – ARA, Werke, Unterhalt Wasserversorgung (Pikett) – Abfall – Energieversorgung: Die «Energierregion» wurde bislang von der Gemeindepräsidentenkonferenz behandelt. Die Energie-Verantwortlichen der Gemeinden sollten sich zu dem Thema jährlich 	

- versammeln, damit das Thema nicht versickert.
- Verwaltung: Zusammenarbeit findet bereits im Rahmen der «Einheitsgemeinde» statt.
- Informationswesen: Manche Infoblätter/-broschüren an die Bevölkerung liessen sich mehrfach (in mehreren Gemeinden) nutzen. Teilweise wird in den Gemeinden über dasselbe informiert und mehrfache Arbeit geleistet.
- Jugendarbeit: Nicht jede Gemeinde muss Angebote für Jugendliche erarbeiten, da diese sich sowieso «regional» verhalten (zentrale Treffpunkte). Das Angebot im Jugendbereich muss konzentrierter und koordinierter werden.
- Alterspflege & Gesundheitswesen
- Koordinationsstelle zur Vermittlung von integrativen Sozialdiensten

Gerechte Kosten-/Nutzenverteilung

- Es gibt keinen allgemeingültigen Verteiler-Schlüssel. Eine gerechte Kosten-/Nutzenverteilung muss fallspezifisch ausgehandelt werden.
- Monitoring: Die Veränderungen im Kosten-/Nutzenverhältnis sollten von Zeit zu Zeit überprüft werden (laufende Evaluation).
- Update: Ausgehandelte Schlüssel müssen sich Veränderungen anpassen können. Aus diesem Grund sollte eine Regelung einen fixen (planbaren) und einen anpassbaren Anteil beinhalten.
- Alte Statuten von Zweckverbänden sind teilweise überholt und sollten neu ausgehandelt werden. Ein grosses Hindernis (auch in den Statuten) stellt der Einheitszwang dar, der eine flexible und situations-spezifische Handhabung erschwert oder gar verhindert.

Kommentar/Fazit
ZPK-Vorstand

In verschiedenen Bereichen bzw. Themen würde eine vermehrte Zusammenarbeit Vorteile bringen, u.a. Kosteneinsparungen, mehr Professionalität oder eine Erhöhung der Versorgungssicherheit. Sie soll aber themen- und raumspezifisch sein und muss von den Ressortverantwortlichen initiiert werden. Die Aufgabe der ZPK beschränkt sich u.a. durch die Erarbeitung des regionalen Richtplans auf die Koordination der räumlichen Entwicklung. So gibt sie im regionalen Richtplan z.B. Aufschluss über regionale Ver- und Entsorgungsanlagen oder sichert den Raum für öffentliche Bauten und Anlagen, die von regionaler Bedeutung sind. Bei Koordinationsaufgaben, die einen engen Bezug zur Raumentwicklung haben, ist sie auf Anfrage der Ressortverantwortlichen in den Gemeinden bereit, sie bei der Initiierung einer Zusammenarbeit zu unterstützen.

B Gewerbeflächen, Entwicklungsschwerpunkte, Gewerbe

Ausgangslage	Das Knonaueramt ist v.a. als Wohnstandort attraktiv. Die Entwicklung konzentriert sich daher vorwiegend auf das Wohnen. Damit sich das Knonaueramt nicht noch mehr nur einseitig Richtung Wohnregion entwickelt, braucht das Gewerbe gute Randbedingungen, vor allem auch Gewerbeflächen.	
Stichworte auf den Stellwänden	Diskussionspunkte Bedarf/Bedürfnisse – Lokales Handwerk / Dienstleistung – Kleingewerbe bringt Leben ins Dorf – Lehrstellen Randbedingungen – Regionale und internationale Konkurrenz – Reine Gewerbezone – Bodenpreise und Mietpreise	Aufgaben, Ideen, Hinweise Kommunal – Ankauf Gewerbeland durch Gemeinden und Abgabe im Baurecht (Steuerung) – Unbürokratische Abläufe Überkommunal – 2 - 3 Gewerbezone im Amt, es braucht nicht jede Gemeinde eine Gewerbezone
Zusammenfassung Ergebnisse (Reto Brönnimann)	Es ist ein Bedürfnis, dass im Dorf Dienstleistungen vom Detailhändler, Handwerker und anderen Dienstleistern bezogen werden können. Es bringt Leben in das Dorf und belebt das Dorfleben. Wichtig ist auch das Lehrstellen geschaffen werden. Bei den Randbedingungen ist vor allem der Bodenpreis oder die Miete für das Gewerbe ein Thema. Es muss tragbar sein. Reine Gewerbezone wären ideal. Auf der kommunalen Ebene sollen die Gemeinden besorgt sein, dass genügend Gewerbeflächen vorhanden sind, oder diese schaffen, so weit als möglich. Im Weiteren sind Vorschläge gemacht worden, die auf 2-3 grössere Gewerbezone im Knonaueramt hin deuten. Vor allem sollten Behörden die Gewerbetreibenden unterstützen und unbürokratisch vorgehen z.B. bei Bewilligungen etc.	

Kommentar/Fazit ZPK-Vorstand	Der ZPK-Vorstand hat die Bedeutung des Gewerbes erkannt und im Entwurf des regionalen Richtplans entsprechende Ziele verankert. Über die Festlegung von regionalen Arbeitsplatzgebieten (Affoltern a.A., Wettswil a.A., Hedingen, Mettmenstetten und Knonau) und Mischgebieten wird im Richtplan Raum für Arbeitsplätze gesichert. Da die Arbeitsplatzgebiete aber bereits weitgehend überbaut sind, ist der Spielraum für die Schaffung reiner Gewerbezonon kaum mehr vorhanden. Fragwürdig ist auch, wie zweckmässig und erwünscht die Ansiedlung von produzierenden Gewerbe in Mischgebieten ist. Im Rahmen der Anhörung und öffentlichen Auflage des regionalen Richtplans wird zu diskutieren sein, inwieweit im regionalen Richtplan Flächen für produzierende Gewerbes zu sichern sind. Wie die Diskussion ergeben hat, sind vor allem die kommunalen Behörden gefordert, genügend Gewerbeflächen zu sichern und die Gewerbetreibenden zu unterstützen.
---------------------------------	--

C Steuerung Wachstum und soziodemographische Durchmischung

Ausgangslage	Im Knonaueramt ist bis 2030 mit einem Bevölkerungszuwachs von 23% und einer Zunahme des Anteils an älteren Menschen zu rechnen. Ältere wie auch sozial schwächere Menschen sind ungleich über die Region verteilt. Ältere Menschen bevorzugen eher urbanere Gemeinden mit guter Gesundheitsversorgung, Pflegeplätzen, ÖV-Erschliessung und zentralörtlichen Angeboten. Sozial schwächere Personen finden in Affoltern a.A. eher günstige Wohnmöglichkeiten.	
Stichworte auf den Stellwänden	<p>Diskussionspunkte</p> <p>Einflussfaktoren</p> <ul style="list-style-type: none"> – Wohnraumangebot: Mieten, Familienfreundlichkeit, neue Wohnformen (Durchmischung), Bauland – Freizeitangebot, Vereinsleben – Soziale Infrastruktur (Altersheim, Arzt, Betreuungsangebote) – Kurze Wege, ÖV, Topographie – Bezug zum Ort, Grösse (Anonymität) – Bestehende kulturelle Durchmischung, Schulen (Ausländeranteil), Ländlichkeit, politische Ausrichtung – Steuern <p>Steuerung</p> <ul style="list-style-type: none"> – Bessere Durchmischung – Dezentrale Lösungen, Entlastung von Affoltern a.A. <p>Belastungen</p> <ul style="list-style-type: none"> – Spital, Spitex, Arzt – Sozialdienst – Altersheim – Soziales und kulturelles Angebot: Jugendhaus, Schulen, Sportanlagen – Nachbarschaftshilfe – Asylunterkünfte <p>Lastenausgleich</p> <ul style="list-style-type: none"> – Solidarität – Zweckverband – Verträge (Anschlussverträge) – Fusionen – „gefährlich“ 	<p>Aufgaben, Ideen, Hinweise</p> <p>Überkommunal</p> <ul style="list-style-type: none"> – Workshop wiederholen – Zielsetzung der soziodemographischen Entwicklung klären, z.B. – Längerfristige Nachhaltigkeit (keine, höchstens moderate Bevölkerungszunahme) – Hoher Anteil von Familien – Sozialhilfebezüger proportional verteilen – Zentrum für Asylsuchende – Familienwohnungen, Reiheneinfamilienhäuser (attraktiv für Kinder)
Zusammenfassung Ergebnisse (Claude Benz)	Im Rahmen der Diskussion wurden verschiedene Faktoren genannt, welche das Wachstum und die soziodemographische Durchmischung beeinflussen. Insbesondere das Wohnraumangebot, die soziale Infrastruktur und die Erschliessungsgunst wurden als zentrale Faktoren bezeichnet. Im Allgemeinen herrschte der Konsens, dass eine gewisse Steuerung wünschenswert wäre, um eine bessere Durchmischung zu erreichen. So sollte eine Entlastung von Affoltern a.A. angestrebt und über dezentrale Lösungen (im Angebot) eine Verteilung von verschiedenen Einflussfaktoren erreicht werden. In den Diskussionsgruppen wurden unterschiedliche Einrichtungen/Angebote erwähnt, welche im Sozialbereich bereits heute und mit dem prognostizierten Wachstum zukünftig sogar noch vermehrt benötigt werden.	

Neben den Einrichtungen für ältere oder auch kranke Menschen wie Spital, Ärzte, Spitex und Altersheim wurden auch Angebote für Kinder und Jugendliche (Jugendhaus, Schulen, Sportanlagen) als wichtig erachtet, um dem Wachstum gerecht zu werden und um die soziale Durchmischung zu fördern. Darüber hinaus wurde auch darüber debattiert, inwiefern die Asylunterkünfte gerecht über die Gemeinden verteilt werden können und sollen. Für die Verteilung der Belastungen wurde in erster Linie eine Solidarität zwischen den verschiedenen Gemeinden gefordert. Für den Lastenausgleich könnten ähnliche Instrumente wie in anderen Bereichen angewendet (Zweckverbund, Anschlussverträge) oder sogar Fusionen in Betracht gezogen werden. In Sachen Lastenausgleich war jedoch mehrheitlich eine Zurückhaltung zu beobachten. Als Fazit oder anstehende Aufgabe stellte sich heraus, dass zuerst vor allem einmal geklärt werden muss, welche Art von Durchmischung angestrebt werden soll bzw. welche Ziele die Gemeinden und die Region beim Wachstum und der soziodemographischen Durchmischung verfolgen. Um die gewünschte Solidarität und ein besseres Verständnis zwischen den Gemeinden zu erreichen, wurde die Wiederholung eines solchen Workshops gewünscht.

Kommentar/Fazit ZPK-Vorstand Die Fragen rund um die Lenkung der Bevölkerungsentwicklung, insbesondere der soziodemographischen Durchmischung sind komplex und die Handlungsmöglichkeiten der ZPK relativ gering. Neben der Festlegung von Vorgaben zur Siedlungsentwicklung kann sie die Gemeinden einzig bei der Fortführung und Vertiefung der Diskussion unterstützen, indem sie z.B. Facts & Figures zum Thema zusammenstellt oder einen weiteren Workshop organisiert, in dem die Ziele der einzelnen Gemeinden wie auch der Region als Ganzes geklärt und das Verständnis zwischen und damit die Solidarität unter den Gemeinden weiter gefördert werden.

D Entwicklung ländlich-traditioneller Dörfer und Weiler („Randregionen“)

Ausgangslage Die ländlich-traditionellen Dörfer und Weiler sind kulturhistorisch bedeutsam und wichtig für die Ämtler Identität. Aufgrund dieser Qualität, ihrer Lage, der schlechten Erschliessung bzw. Erschliessbarkeit mit dem öffentlichen Verkehr widerspricht ein Wachstum den übergeordneten Zielsetzungen (u.a. dem kantonalen ROK).
Diese Dörfer und Weiler verfügen aber über beachtliche innere Reserven. Auch sind sie für die Aufrechterhaltung der gemeindeeigenen Schule, der Versorgung und des Dorflebens auf eine gewisse Bevölkerungszahl angewiesen.

Stichworte auf den Stellwänden	Diskussionspunkte	Aufgaben, Ideen, Hinweise
	Problem – Gemeinde kann nicht steuern – Neueinzonungen eigentlich kein Thema – In Dörfern und Weilern sind aber noch Bauzone vorhanden, geht die Landwirtschaft zurück, wird die Bauzone verfügbar – Gebäudevolumen (u.a. Scheunen) sind für die Landschaft wichtig, müssen genutzt werden können	Kommunal – Über BZO steuern, soweit möglich – Gezielte Landpolitik der Gemeinde Überkommunal – Fusionen lösen Probleme nicht – ÖV ist nicht nur S-Bahn: – Abstimmung ÖV auf die Siedlungsentwicklung – Bussystem mit Nachbarkantonen planen – Mobility und E-Bikes fördern – Entsorgung ist vorhanden oder wird gemeinsam erledigt

Zusammenfassung Diskussion (Christian Gabathuler) Die Teilnehmenden waren sich einig, dass

1. die ländlich-traditionellen Dörfer und Weiler das Knonaueramt wesentlich mitprägen.
2. zur Erhaltung der prägenden Gebäudevolumen, diese auch zeitgemäss genutzt werden sollten, was die vorhandenen Bau- und Zonenordnungen in der Regel auch zulassen.
3. auch die wenigen Bauzonenreserven in diesen Gebieten angepasst entwickelt werden sollen, Neueinzonungen sind im Grundsatz kein Thema, Kleinstanpassungen zur Verbesserung der Siedlungsqualität sollen aber möglich sein.
4. die Gemeinden die Ausnutzungsgeschwindigkeit der Möglichkeiten nicht steuern können, aber über die BZO auf die Siedlungsqualität Einfluss nehmen müssen.
5. der ÖV auf die mögliche Siedlungsentwicklung in diesen Gebieten abgestimmt werden soll und nicht die Siedlungsentwicklung auf die aktuelle ÖV-Erschliessung.
6. ÖV nicht nur S-Bahn bedeutet, es sollen aber auch neue Konzepte entwickelt werden wie Bus-Konzepte über die Kantonsgrenzen hinaus, Einsatz von Sammelbus, Mobility, e-Bikes.

Zusatzbemerkung: Die Wachstumszahlen im regionalen Richtplan bauen auf der zusätzlich möglichen BGF auf. Wie die letztlich belegt werden ist ebenfalls kaum zu steuern. Ebenso die Entwicklung im Bestand aufgrund der Haushaltszyklen.

Kommentar/Fazit
ZPK-Vorstand

Der ZPK-Vorstand nimmt diese Sichtweisen und Anliegen zur Kenntnis. Sie dienen ihm als Grundlage für die nach der Vorprüfung anstehende Überarbeitung des regionalen Richtplans, insbesondere die Bereinigung der Konflikte bzgl. Wachstum und ÖV-Erschliessung.

E Alterswohnen

Ausgangslage	Der Anteil an älteren Menschen steigt und damit auch der Bedarf an Alterswohnraum und Pflegeplätzen.	
Stichworte auf den Stellwänden	<p>Diskussionspunkte</p> <p>Bedarf/Bedürfnisse</p> <ul style="list-style-type: none"> – Zuhause in der eigenen Gemeinde bis ins hohe Alter – Vernetzung, Kontakte – ÖV-Anschluss – Wohngruppe, dezentrale Pflegewohngruppen in den Gemeinden, Demenz Ort? – Private, nachbarschaftliche Dienste, private Spitex ausbauen – Notruf, Nachtspitex, Nachtambulanz – Generationsmix ok? <p>Bestehende Angebote</p> <ul style="list-style-type: none"> – Spitex > Pflege 1. Priorität – Spital Rigi/Pilatus – Seewadel, Senevita – Wohnungen sind heute behindertengerecht bzw. für das Wohnen im Alter geeignet <p>In Planung</p> <ul style="list-style-type: none"> – Hausen a.A.: Alterswohnungen und Spitexstützpunkte – Mettmenstetten: 55+, Genossenschaftswohnungen für Senioren – Obfelden: 50+, 17 Wohnungen – Wettswil, 80 Wohnungen – Stallikon: 50 Alterswohnungen, ohne Pflege, aber mit Gemeinschaftseinrichtung <p>Zusammenarbeit/Vernetzung</p> <ul style="list-style-type: none"> – Schwere Pflegefälle: zentral (Sonnenberg) – Leichtpflege oder Alterssiedlung: in kleineren Gemeinden ausserhalb Dorf – 24h-Praxis 	<p>Aufgaben, Ideen, Hinweise</p> <p>Kommunal</p> <ul style="list-style-type: none"> – Zentrumsnahe Standorte – Koordination der Dienste: Spitex, Hilfsdienste, private, nachbarschaftliche Dienste (kostenlos) <p>Überkommunal</p> <ul style="list-style-type: none"> – Planung Alterswohnungen und Spitexstützpunkte
Zusammenfassung Diskussion (Clemens Grötsch)	<p>Man will möglichst lange zu Hause wohnen und auch Betreuungsleistungen am Wohnort in Anspruch nehmen. Dagegen soll bei grosser Pflegebedürftigkeit ein zentraler Ort bestehen, wo die Menschen aufgenommen werden. Die neuen Wohnformen sollen sich mehr in „Pflegewohngruppen“ ergeben, als in Einzelzimmern. Es soll also vermehrt Raum geben, um der Isolation der Menschen entgegenzuwirken. Highlight für mich war, dass jetzt bereits 7 Bezirksgemeinden daran sind, sich dem Thema Wohnen im Alter anzunehmen. Dies war im Herbst letzten Jahres noch nicht so.</p> <ul style="list-style-type: none"> – Zusätzlich wird ein vermehrter Nachbarschaftsdienst gewünscht. Hier sind entsprechende Eingangsfenster zu schaffen, falls die Gemeinden diese zu organisieren hätten. – Kleine Weiler haben keine Möglichkeit für „altersgerechte Wohneinheiten“, sie sind auf Nachbargemeinden angewiesen. Dies muss aber nicht in Affoltern a.A. sein. – Die 24 Stunden Praxis ist ein Wunsch. – Die Nachtambulanz sollte eingeführt werden, analog zur Tagambulanz; d.h. Menschen sind tagsüber zu Hause und schlafen auswärts, um bei Unpässlichkeiten sofort Hilfe zu erlangen, die der/die Partner/in nicht so geben kann. – Generell sollte die Koordination der Dienste verbessert werden. <p>Fazit: Die Dringlichkeit der Gemeinden sich mit der Thematik Wohnen im Alter auseinanderzusetzen wurde erkannt und teilweise sind schon Ideen / Projekte auf dem Tisch. Dies hilft der Zentrumsgemeinde, da die Lasten verteilt werden. Die Problematik für Affoltern a.A. entsteht, wenn Ältere Menschen nach Affoltern in eine Alterswohnung ziehen, hier den Wohnsitz begründen und zu einem späteren Zeitpunkt pflegebedürftig</p>	

werden. Die ganzen finanziellen Fragen der Unterstützung liegt dann bei Affoltern a.A. Bleiben die Menschen aber im eigenen Dorf und werden sie dann pflegebedürftig, so ändern sie ihren Wohnsitz nicht und die Ursprungsgemeinde ist auch für die soziale Sicherheit verantwortlich. So sollte es auch sein!

Kommentar/Fazit
ZPK-Vorstand

Die Fragen rund um das Wohnen im Alter beschäftigen die Ämtler Gemeinden. Mit einer gemeindeübergreifenden Koordination könnten Dienste wie Nachbarschaftshilfe, 24 Stunden Praxis, Nachtambulanz usw. unter den Gemeinden abgestimmt und die Lasten besser verteilt werden. Die Koordination von Einrichtungen und Diensten für das Wohnen im Alter ist aber nicht Aufgabe der ZPK. Der Vorstand nimmt jedoch zur Kenntnis, dass der Bedarf nach Alterswohnraum vorhanden ist und wird die Gemeinden bei ihren Bestrebungen Alterswohnraum und Dienstleistungen zu schaffen, z.B. im Rahmen von Stellungnahmen zu Planungsvorlagen, stützen.

F Gesundheit

Ausgangslage

Mit dem Wachstum und der Alterung der Bevölkerung steigen die Belastungen im Gesundheitsbereich und wird die Vernetzung und Zusammenarbeit unter den verschiedenen Akteuren immer wichtiger.

Stichworte
auf den
Stellwänden

Diskussionspunkte

Aufgaben, Ideen, Hinweise

Bedarf/Bedürfnisse

Kommunal

- Regionalspital, Pflegemassnahmen
- Vernetzung: Koordination der bestehenden Leistungserbringer, Ärztenetz
- Vorsorge/Früherkennung
- Hausarzt, lokale Arztpraxen
- Gesundheitszentrale
- Spitex/Ausbau Spitex
- Freiwilligenhilfe

- Informationsstellen in den Gemeinden
- Gemischte Wohnformen planen/forcieren
- Familien- und Nachbarschaftsinfrastruktur fördern
- an Gesundheitsverantwortung erinnern

Akteure und Rollen

Überkommunal

- Spital: Information/Beratung, geriatrische Aufgabe
- Kompetenzen klären, Ärzte überlastet
- Bezugspersonen (Angehörige/Familie, Nachbarn, ...)
- Freiwilligenarbeit (regelmässige Besuche)
- Information/Sensibilisierung: Jeder für seine eigene Gesundheit besorgt
- Neue Strukturen auf Gemeindeebene
- Koordinationsstelle

- Zusammenarbeit: Planung, Vernetzung
- Gesundheitsnetzwerk (alle Organisationen)
- Anpassung gesetzliche Voraussetzungen (Finanzierung)
- Regionales Zentrum (mangels Dorfpraxen)
- Gesundheitskostendiskussion
- Aufklärung über Gesundheitsverantwortung

Zusammenfassung
Diskussion
(Leonhard
Grimmer)

- a. Die **Vernetzung** von, und **Kooperation** unter bestehenden und neuen Akteuren, ist der Schlüssel für die Steigerung von Effektivität (Ergebnisorientierung) und Effizienz (Aufwandoptimierung) → überkommunale Aufgabe.
- b. Vernetzung und Kooperation werden umso wirksamer, je konsequenter alle Akteure zusammen arbeiten. **Solidarität** wird zum Schlüsselement. → überkommunale Sichtweise erforderlich.
- c. Ob die **Informations- und Beratungsstelle** nach dem Austritt von Affoltern am Albis für die verbleibenden Gemeinden weiterhin zentral organisiert werden kann, muss geprüft werden. → der Informationsumfang spricht für eine überkommunale Stelle, die Kundennähe eher für mehrere kommunale.
- d. Mit dem **Einbezug freiwilliger Dienste** können einfache Arbeiten durch Laien kostengünstiger erbracht werden, als durch ausgebildete Fachkräfte. Solche Dienste sind in die Vernetzung einzubeziehen. → überkommunale Planung und Koordination, kommunale Durchführung.
- e. Durch **Vorsorge** und **Früherkennung** können schwerere Fälle hinausgezögert oder sogar vermieden werden. → kommunale Beobachtung, überkommunale Versorgung.
- f. Der Ausbau der **Spitex** auf **24 Stunden Betrieb** könnte Kosten für andere, teurere Dienste sparen. Voraussetzung für Wirtschaftlichkeit ist genügende Auslastung. → Koordination mit stationärem Bereich könnte sinnvoll sein. Überkommunale Organisation.
- g. Die **Rolle unseres regionalen Spitals** ist im Rahmen des Gesundheitsnetzwerks zu definieren und zu stärken. → überkommunale Aufgabe.
- h. Um die **Kapazität von Hausärzten** für die Bevölkerung sicherzustellen, können die Gemeinden altersbedingte Ablösungen sowie den Aufbau von Gemeinschaftspraxen unterstützen. → kommunale Aufgabe.

- i. Bei Kombination von grösseren (Alters-) **Wohnsiedlungen mit Spitex-Zentren** oder Spitex-Stationsraum könnten nicht verrechenbare Wegzeiten reduziert werden.
→ Anstoss kommunal, Koordination überkommunal.
- j. Die heutigen gesetzlichen Grundlagen benachteiligen zum Teil die Standortgemeinden von Gesundheits- und Sozialeinrichtungen. Hier muss auf gesetzlicher Ebene ein **besserer Lastenausgleich** gefunden werden. → überkommunale Aufgabe.
- k. Eine Diskussion über die gesellschaftlich vertretbaren **Gesundheitskosten** und deren **Kostenträger** ist längerfristig unumgänglich. → überkommunale Aufgabe.

Kommentar/Fazit ZPK-Vorstand
Im Gesundheitsbereich sind Vernetzung, Koordination und Kooperation enorm wichtig. Die ZPK kann aber, abgesehen von der Sensibilisierung der Gemeindebehörden, wie dies im Workshop „Wachstumsfragen“ erfolgte, kaum etwas dazu beitragen.

G Schule

Ausgangslage
Ein Bevölkerungsschub kann den Bedarf nach Schulraum für einen gewissen Zeitraum stark erhöhen. Mit dem Wachstum steigt auch die Nachfrage nach familienergänzenden Strukturen und speziellen Schulangeboten.

Stichworte auf den Stellwänden	Diskussionspunkte Bedarf/Bedürfnisse – Schulische Integration, soziale Integration, kulturelle Integration – Lehrpersonen > Arbeitsmarkt Schulraumplanung – Sportanlagen Zusammenarbeit und Vernetzung – Schulsozialarbeit	Aufgaben, Ideen, Hinweise Kommunal Bedarf/Bedürfnisse – Tagesstrukturen – Vorschulisches Betreuungsangebot Schulraumplanung – Sanierung der bestehenden Gebäude Ersatzneubauten, Neubauten – Gruppenräume Überkommunal Bedarf/Bedürfnisse – Sportanlagen / Vereine – Standort Mittelschule – Vorschulisches Betreuungsangebot – Schwimmbad Zusammenarbeit und Vernetzung – Kreisgemeinden (P5) – Anschlussverträge – Leistungsverträge – Know-How einkaufen (Bsp. Lehrpersonal)
--------------------------------	---	--

Kommentar/Fazit ZPK-Vorstand
Mit dem Wachstum und der soziodemographischen Entwicklung entstehen zusätzliche Bedürfnisse wie eine Mittelschule, Sportanlagen oder ein Schwimmbad. Die ZPK setzt sich für den Mittelschulstandort Affoltern a.A. ein und hat diesen auch in den regionalen Richtplan aufgenommen.

H Zunahme Gesamtverkehr

Ausgangslage
Der Gesamtverkehr nimmt zu, der motorisierte Individualverkehr wesentlich stärker als der öffentliche Verkehr und der Fuss- und Veloverkehr.

Stichworte auf den Stellwänden	Diskussionspunkte Befürchtungen – Stimmen die Zahlen (Pendler, Freizeit etc)? Starke Unterschiede Belastung in Affoltern – Autobahn hat Weg nach Zürich attraktiv gemacht für Innerschweiz – ÖV nicht attraktiv genug – Kein Ausbau ÖV – Auto ist attraktiver als ÖV Mentalität – 3. Auto ist Wohlstand – Bessere Strassen > mehr Verkehr zur Autobahn	Aufgaben, Ideen, Hinweise Kommunal – Ortsdurchfahrten unattraktiv für Durchgangsverkehr – P&R-Plätze auch nach 8, Einschränkungen für Auswärtige – Pflichtparkplatzzahl reduzieren – Mobility-Stellplätze – Shared-Auto für neue Überbauungen Reduktion Parkplatzzahl – Freizeit- und Einkaufsangebote in den
--------------------------------	---	--

- Überlastung Autobahn, Schleichverkehr
 - Nadelöhr an Überführung Autobahn (My Stop)
 - Dörfer wieder verstopft
 - Bus steht mit Autos im Stau
 - Sammelrouten enthalten Entsorgung
 - Massnahmen
 - Verkehr / Mobilität ist zu günstig
 - Dusche am Arbeitsplatz
- Gemeinden > Steigerung Fuss- und Veloverkehr
 - Direkte Wegverbindungen innerorts (durch Areale)
 - Ausbau Velowege (auch zwischen den Gemeinden), sichere B&R-Plätze
 - Überkommunal
 - Anschluss Affoltern
 - Tropfenzähler auf Autobahn an der Grenze zum Kanton Zürich
 - Verkehrsberuhigende Massnahmen auf Staatsstrassen (Tempo 30 innerorts)
 - Anreize zur Reduktion MIV und Steigerung ÖV, Fuss- und Veloverkehr
 - ZPK: Druck auf ZVV für besseren ÖV
 - Schnell S-Bahn
 - Kapazität ÖV
 - Bessere Anbindung Richtung Zug
 - Mittelschulstandort in Affoltern (Entlastung ÖV)
 - Standorte auch ausserhalb Zürich (Unternehmen, Behörden)
 - Attraktive Arbeitsplätze schaffen
 - Car Pooling, Internet-Plattform (initiiert durch Standortförderung)

Zusammenfassung
Diskussion
(Eva Kopf)

- Die Teilnehmer sehen einen Grund der Verkehrszunahme im Lebensstil und gesellschaftlichen Einstellungen. Es wird diskutiert, ob man dies verändern kann oder muss.
- Es wird eine Überlastung der Autobahn, insbesondere des Anschlusses Affoltern a. A. und damit verbunden ein Rückgang der jetzigen Entlastung der Gemeinden befürchtet. Als mögliche Massnahmen werden verkehrsberuhigende Massnahmen (z. B. Tempo 30) auf Staatsstrassen innerorts gesehen. Die Ortsdurchfahrten sollen unattraktiv für Durchgangsverkehr sein.
- Die angekündigte Verschlechterung des öV-Angebotes im Knonauseramt lässt Zweifel aufkommen, wie der Modal Split Richtung ÖV verbessert werden könnte. Es wird eine bessere ÖV-Erschliessung, insbesondere Richtung Zug gewünscht. Bei der ZPK wird die Aufgabe gesehen, Druck beim ZVV für Verbesserungen im Angebot zu machen.
- Die Velowege zwischen den Gemeinden sollen ausgebaut werden. Innerhalb der Gemeinden sollen für Fussgänger und Velofahrer kurze Verbindungen erhalten werden, z. B. indem bei Arealüberbauungen der Durchgang gewährleistet wird.
- Die Teilnehmer erhoffen sich eine geringere Verkehrszunahme durch mehr attraktive Arbeitsplätze in der Region und eine zunehmende Zahl der Standorte von Behörden, Bildungseinrichtungen etc. ausserhalb Zürichs. Die Attraktivität der Gemeinden im Bereich Freizeit/Einkaufen soll erhalten bleiben und ermöglichen, mehr am Wohnort erledigen zu können.

Kommentar/Fazit
ZPK-Vorstand

Die Diskussionsergebnisse geben dem ZPK-Vorstand wichtige Hinweise für die regionale Richtplanung. In dem, dem Kanton zur Vorprüfung eingereichten Richtplanentwurf hat der ZPK-Vorstand Strategien zur Verkehrslenkung und Massnahmen zur Förderung des Fuss- und Veloverkehrs wie auch des öffentlichen Verkehrs aufgenommen, u.a. den Viertelstundentakt zwischen Affoltern a.A. und Zug. Im Rahmen der Vorprüfung verlangt der Kanton nun jedoch die Streichung des Viertelstundentaktes und eine Reduktion des Busangebots (Takt und Hauptverbindungsrichtungen). Der ZPK-Vorstand wird sich bei der Konfliktbereinigung mit dem Kanton und dem ZVV für eine Verbesserung des öffentlichen Verkehrs einsetzen.

I Öffentlicher Verkehr

Ausgangslage	Der öffentliche Verkehr kann und soll v.a. dort gefördert werden, wo aufgrund der Siedlungsdichte genügend Nachfrage besteht. Im regionalen Richtplan werden die Angebote im öffentlichen Verkehr festgelegt. Die Fahrplangestaltung erfolgt durch den ZVV. Die RVK sucht in Zusammenarbeit mit der marktverantwortlichen Verkehrsunternehmung (PostAuto Schweiz AG) nach möglichen Lösungen und stellt Anträge.	
Stichworte auf den Stellwänden	Diskussionspunkte Schwachstellen, Defizite und Bedürfnisse – Verlässlichkeit der Reise-Ketten sicherstellen – Attraktive Anschlussmöglichkeiten – Gutes Angebot Samstag und Sonntag – Für Junge attraktiver gestalten, spätere Nutzer: Nachtzüge/Samstag und Sonntag – Netzlücken schliessen – Umsetzung behindertengerechter Haltestellen – ZVV muss viel mehr Gelder sprechen für das Knonaueramt	Aufgaben, Ideen, Hinweise Kommunal – Fusswege zu ÖV attraktiver machen und halten – Grosszügigere Unterführung – Fahrradabstellplätze bei Bushaltestellen Überkommunal – Trotz mehr Autoverkehr den ÖV flüssig halten (Busspuren) – Sauberer ¼ Std.-Takt nach Zug – Spital erschliessen Ergänzungsangebot prüfen
Zusammenfassung Diskussion (Mark Stutz)	Diskussionspunkte – Verlässlichkeit der Reise-Ketten sicherstellen Für eine regelmässige Nutzung des öV ist es wichtig, dass die Reisekette inklusive Umsteigevorgänge sicher klappt. Die Fahrgäste wünschen sich die Gewissheit, dass ein Bus rechtzeitig am Bahnhof eintrifft und bei Verspätung des Zuges auch einmal auf diesen warten kann. – Attraktive Anschlussmöglichkeiten Die Anschlüsse sind dann attraktiv, wenn sie a) sicher [siehe oben], b) innerhalb nützlicher Frist möglich und c) in die gewünschte Richtung machbar sind. – Gutes Angebot Samstag und Sonntag Neben den teilweise bereits sehr umfangreichen Möglichkeiten für Pendler in der Stosszeit Montag-Freitag werden auch am Wochenende gute Verbindungen gewünscht, besonders auch auf Linien, die heute am Wochenende nicht bedient werden. – Für Junge attraktiver gestalten, spätere Nutzer: Nachtzüge/Samstag und Sonntag Kritisiert wurde die teilweise lange Fahrstrecke der Nachtbusse und die nicht überall vorhandenen Spätverbindungen. <i>[Anmerkung: Im Dez. 2015 wird die SN5 neu bis Knonau verkehren, was für Mettmenstetten und Knonau eine deutliche Aufwertung bringt.]</i> – Netzlücken schliessen Teilweise existieren Lücken, wo teilweise eine Verbindung nur mit einem erheblichen Mehraufwand möglich ist. Ziel wäre es, diese Lücken zu schliessen. – Umsetzung behindertengerechter Haltestellen Die Vorgaben zur Umsetzung des Behinderten-Gleichstellungsgesetzes (BehiG) sehen vor, dass Haltestellen im öV ab 2024 BehiG-tauglich umgebaut sein müssen. Hier besteht teilweise noch Unklarheit, welche Haltestellen umgebaut werden müssen und wie bei beschränkten Platzverhältnissen die Umsetzung der notwendigen Tiefe gelingen soll.	Aufgaben, Ideen, Hinweise kommunal – Fusswege zu ÖV attraktiver machen und halten Die erste und die letzte Etappe bei der Reise mit dem öV ist der Fussweg zur / von der Haltestelle. Dieser Fussweg soll nicht nur sicher sein, sondern auch attraktiv und auch so aufrechterhalten bleiben. – Grosszügigere Unterführung Angesichts der immer grösseren Personenströme ist es unabdingbar, dass die Unterführungen und auch die zugehörigen Fusswege genügend gross dimensioniert werden. – Fahrradabstellplätze bei Bushaltestellen Ergänzend zu den attraktiven Fusswegen ist es nötig, dass bei grösseren Haltestellen auch für die Velos gute Abstellplätze (Wetterschutz, ggf. auch einschliessbar) vorhanden sind. Aufgaben, Ideen, Hinweise überkommunal – Trotz mehr Autoverkehr den ÖV flüssig halten (Busspuren) Die Zuverlässigkeit des Angebots ist auch von den Möglichkeiten abhängig, besonders kritische Verkehrsknoten mit separaten Busspuren für den öV besser passierbar zu machen. – Sauberer ¼ Std.-Takt nach Zug – Spital erschliessen Nicht nur der Spital, sondern auch andere für ältere Menschen wichtige Institutionen sollen soweit möglich mit dem öV gut erschlossen werden. – Ergänzungsangebot prüfen Für kleine Gemeinden und Ortschaften könnte die Möglichkeit eines Ergänzungsangebots geprüft werden. Anstelle einer vollwertigen Buslinie könnten auch subventionierte Taxis oder ein Kleinbus auf Abruf eine verbesserte Erschliessung bringen.

– **ZVV muss viel mehr Gelder sprechen für das Knonauseramt**

Angesichts der „schlechten“ Prognosen bezüglich des Modalsplit und des Verkehrswachstums muss der ZVV die Mittel für den öV deutlich erhöhen, um mit einem attraktiveren Angebot mehr Anteile am Gesamtverkehr gewinnen zu können.

Kommentar/Fazit ZPK-Vorstand Die Diskussionsergebnisse geben wichtige Hinweise worauf bei der Fahrplangestaltung, aber auch den Anlagen für den Fuss- und Veloverkehr zu achten ist. In dem, dem Kanton zur Vorprüfung eingereichten Richtplanentwurf hat der ZPK-Vorstand bereits einige Massnahmen (Viertelstundentakt zwischen Affoltern a.A. und Zug, Bus-Angebote, Sicherung Busspur, Ergänzungen Fuss- und Velonetz, Bike&Ride-Anlagen) aufgenommen. Im Rahmen der Vorprüfung verlangt der Kanton nun jedoch die Streichung des Viertelstundentaktes und eine Reduktion des Busangebots (Takt und Hauptverbindungsrichtungen). Der ZPK-Vorstand wird sich bei der Bereinigung der Konflikte für eine Verbesserung des öffentlichen Verkehrs einsetzen.

K Ver- und Entsorgung: Energie, Wasser, Abwasser, Abfall

Ausgangslage	Bevölkerungsentwicklung und Infrastrukturen müssen aufeinander abgestimmt sein, damit die Ver- und Entsorgung auch künftig gut funktioniert. Der regionale Richtplan legt regionale Anlagen fest. Für die kommunalen Anlagen sind die Gemeinden zuständig.	
Stichworte auf den Stellwänden	<p>Diskussionspunkte</p> <p>Bedarf/Bedürfnisse</p> <ul style="list-style-type: none"> – Haben wir genügend Trinkwasser? – Kapazität und Qualität Abwasserreinigung – Kappel genügend, Anpassungen im Rohrleitungsnetz – Sicherheit – „Versicherung“ (Klima, Störfälle) – Bestehende Deponien nutzen – Wechsel Entsorgungsstelle <p>Zusammenarbeit und Vernetzung</p> <ul style="list-style-type: none"> – Regionale Vernetzung, Nähere Zusammenarbeit – Rechtsform der Zusammenarbeit – „Fusionen“ – Vernetzung auf nachbarschaftlicher Ebene (1. Priorität) – Kommunale Regelungen bisher positiv – Zukunft Wasserversorgung: Zusammenlegung kleiner Wasserversorgungen, zu viele Einheiten – Vernetzung Steuer-Leitsystem Wasserversorgung – Vernetzungen mit Nachbargemeinden im Gespräch – Koordination im Unteramt (v.a. Entsorgung) – Abfallmanagement 	<p>Aufgaben, Ideen, Hinweise</p> <p>Kommunal</p> <ul style="list-style-type: none"> – Bereitschaft für Zusammenarbeit – Wille zur Umsetzung (Projekte) – Logische Vernetzung und Versorgung <p>Überkommunal</p> <ul style="list-style-type: none"> – Überkommunale Strukturen sind tendenziell effizienter, redundant und günstiger – Erneuerbare, nachhaltige Energieversorgung als Thema – Regelmässiger Fachaustausch Brunnenmeister – Prüfen, wann ist die Leistungsgrenze erreicht
Zusammenfassung Diskussion (Markus Gasser)	<p>In den Gruppen Ver- und Entsorgung war das wichtigste Anliegen die Sicherheit (Störungsanfälligkeit, Qualitätssicherheit, Versorgungssicherheit). Man merkte, dass die teilweise kleinstrukturierten Organisationen, z.B. Wasserversorgungen, bei einem Anstieg der Bewohner nicht an Kapazitätsgrenzen, aber an logistische Grenzen stossen könnte, z.B. die Steuerungstechnik der Wasserversorgung. Als möglichen Ansatz dem entgegenzuwirken, sah man den Zusammenschluss von Teilbereichen über die Gemeindegrenzen hinweg. es war allen einleuchtend, dass grössere Organisationen in der Regel effizienter, sicherer und günstiger arbeiten können, z.B. Kläranlagen. Im Bereich Wertstoffentsorgung könnte man sich im Säuliamt ein bis zwei zusätzliche Entsorgungszentren (Schmied) vorstellen. In den Gesprächen war zu merken, dass der Wille und die Bereitschaft eigentlich da wären um Zusammenschlüsse zu überprüfen. Hemmend ist aber, dass sich niemand zuständig fühlt um den ersten</p>	

Schritt zu machen. Es fehlt eine Stelle, die zuständig ist, um Anstösse zu geben und die entsprechenden Player an einen Tisch bringt. Aus meiner Sicht bezeichnend waren dazu die leeren Namenslisten am Schluss. Ideal wäre eine Organisation im Amt und nicht noch mehrere verschiedene Zweckverbände, IKA's, Genossenschaften, etc. Erwünscht wäre eine regionale Organisation, in der die Gemeinden verschiedene Dienstleistungen nach Bedarf beziehen könnten (ähnlich DILECA).

Kommentar/Fazit
ZPK-Vorstand

Mit überkommunalen Strukturen, die durch eine regionale Organisation koordiniert und betrieben werden, könnte die Ver- und Entsorgung im Knonaueramt effizienter, redundanter und günstiger gewährleistet werden. Der Richtplan gibt Aufschluss über bestehende und geplante Anlagen, die für die Versorgung mit Wasser, Energie und Rohstoffen jeder Art, für die öffentliche Kommunikation, die Ableitung und Reinigung von Abwässern sowie die Beseitigung, Aufbereitung und Wiederverwendung von Abfällen und Schadstoffen nötig sind und sichert die dafür nötigen Flächen und Korridore. Erstellung, Unterhalt und Betrieb dieser Anlagen ist Aufgabe der jeweiligen Organisation. Der Anstoss zur Zusammenarbeit muss von den Gemeinden bzw. den Organisationen kommen. Auf Anfrage der Ressortverantwortlichen in den Gemeinden ist die ZPK bereit, sie bei der Initiierung einer Zusammenarbeit zu unterstützen